

Mr. 15  
M. Berger 33.20.  
Arnold Wien 72, Dr.  
O. Ing. N. Sonnen-  
immen  
K 24.30  
K 910.50  
K 4326.80  
K 83.918.14  
bis 15 Februar  
K 37.645.94  
Gaya 40, Poststr. 120, 30.  
Zarkower  
prakt. wohnt  
Oberring 27.  
Preise zählt  
Zumelen, Platin, Gold  
ne und Antiquitäten, Ju-  
welen und Goldwaren  
und billig.  
Borat,  
Strau, Bahnhofstr. 30.  
ENARZT  
Dr. Teichner  
Dr. II. Univ.  
Dr. Dimmer, Wien  
Kirchengasse 4,  
12 Uhr vormittags  
nachmittags.  
Teuerung mehr!  
Einkaufes ihres Be-  
Anzugstoffen,  
ren, Seiden und  
Leinwand, Braut-  
an die bestrenommierte  
Nesse/roth,  
Bahnhofstraße 28  
enden. En-detail!  
wöchentlich  
über die Ereignisse  
jüdischen Lebens  
de Rundschau  
der deutschen Zionisten.  
Berichterstattung.  
Grundfragen des Zion-  
ismus werden von den  
jüdischen Schriftstellern  
handelt.  
nur die Exzepte  
möglicherweise gegen-  
toren 25 K pro Quartal.  
tag: Berlin 15,  
Hilfsstraße 8.  
Jüdischer Arbeits-  
markt.  
Monatsheft zur Förde-  
rung der Bodenkultur u.  
n. Handw. u. d. Juden, K. 1.  
n. 6 M. Kurze Zeit v. Abon-  
nenten kostenlos. Mittel-  
ab des Daniel-Bundes und  
ut. Jüdischer Arbeiter-  
rat. 6 M. Postdirektion:  
Danielbund, München  
erteilte 1408. - Begehrte zu  
mer, schriftl. herovertrag. 1918  
1918.  
AREN-FABRIK  
IN, IGLAU  
arten  
achsten bis zur  
n Ausführung.  
uschnitte  
Herte u. Muster auf Verlangen.

Einzelnummer 1 K.  
3. Jahr.  
Redaktion und Administration:  
M. H. Strau, Vangergasse 34.  
Die Abgabe auch mit Nachdruck  
werden nur ohne Gewähr ange-  
nommen und aufbewahrt. Eine  
Veröffentlichung zur Nachdruckung  
wird nicht anerkannt. Spreche-  
kunden der Redaktion täglich  
von 11 bis 12 Uhr vormittags.  
Eigentum des Jüdischen Ver-  
trages reg. Gen. u. d. S. in  
Währsch. Strau Herausgeber und  
verantwortlicher Redakteur Dr.  
Guo Herrmann in Währsch. Strau.

# Jüdisches Volksblatt

annement April 1. -  
17. Abar 5681.  
Lide.  
Juden.  
Florenti.  
alen zu dienen.  
h für die Stadt geordnet.  
Amsterdame. Anträge für Ge-  
terate übernehmen außer der  
Administration alle anderen An-  
noncenexpeditionen. Größte  
den Diensta und Reichen.

Freitag, 25. II. 1921.

## Das Mandat.

Die Wochenschrift „Palestine“ veröffentlicht folgenden Artikel über das Mandat:  
Die Veröffentlichung des Entwurfes des Palästina-Mandats wird von guter Wirkung sein, wenn sie zu einer freien Diskussion über die Ziele führt, die die Zionisten und ihre Freunde sich vorsetzen, und über die Mittel und Wege, sie zu erreichen. Das Mandat liegt dem Rat des Völkerbundes vor, aber selbst der Vertrag von Tzeres nicht ratifiziert ist, kann die formelle Zustimmung des Rates nicht erfolgen. Dieser Aufsatz muß nicht verloren sein, wenn wir ihn dazu be-  
nutzen, zweifelhafte Punkte der Politik zu klären. Und diesen zweifelhaften Punkten wenden wir uns nun zu, indem wir die allge-  
meine Würdigung des Dokumentes vorneh-  
men, bis es offiziell veröffentlicht ist und der Völkerbund seine Zustimmung dazu gegeben hat.

Wir gehen an, daß der Ausdruck „nationales Heim“ nicht gerade glück-  
lich ist, aber das Wort „Wiedererrich-  
tung“, das jetzt im Mandat gebraucht ist,  
hilft ihn zu präzisieren. Denn man kann  
nur etwas wieder errichten, was früher ge-  
standen hat. Und daraus folgt, daß die  
Pflanzung eines nationalen Heims für die Juden  
zu errichten, welche der Mandatar auf sich  
genommen hat, die Pflicht ist, eine jüdische  
Staatsnation in Palästina zu schaffen, so wie  
sie in der Vergangenheit bestanden hat, ab-  
gesehen davon, daß Araber und Christen in  
der jüdischen Nation im Lande erworben  
haben, welche geschützt werden müssen und  
welche tatsächlich durch die Bestimmungen des  
Mandates geschützt werden. Das erscheint uns  
sehr erwünscht.

Wir behaupten nicht, daß der Entwurf  
des Mandates vollkommen sei und wir wer-  
den später darauf hinweisen, was uns man-  
gelfehlhaft erscheint, nämlich, daß keine Bestim-  
mung getroffen ist für die Durchführung des  
Wiedererrichtens des nationalen Heimes für  
den hypothetischen Fall, daß der Mandatar  
versagt. Aber wir sind befriedigt davon,  
daß das Mandat völlig klar ist, was  
seine Pflicht in Bezug auf dieses nationale  
Heim ist. Er hat eine Staatsnation in Pa-  
lästina zu schaffen, welche die bestehenden Rechte  
anderer Völker dort schützen und zugleich so  
geartet sein soll, daß die Juden sie die ihre  
zählen können. Zwischen der Aufgabe und  
der Bedingung besteht kein Widerspruch. Zu-  
dem anerkennt das Mandat die zionisti-  
sche Organisation als Vertreter der  
Interessen, die die Juden der ganzen Welt  
in Palästina besitzen. Sie soll deren Mit-  
arbeit möglichst machen und die palästinensi-  
sche Regierung, in jenen wirtschaftlichen, sozia-  
len und anderen Angelegenheiten beraten,  
welche die Errichtung des jüdischen Heimes  
und die Interessen von Juden in Palästina  
betreffen, soll auch an der materiellen Ent-  
wicklung des Landes mitwirken. Die Orga-  
nisation hat nicht, wie früher vorgeschlagen  
wurde, ein unmittelbares Vorzugsrecht zur  
Durchführung öffentlicher Arbeiten erhalten,  
da aber die Bedingung, unter welcher die  
Organisation sie unternehmen soll, darin be-  
steht, daß jeder Ueberschuß über eine ange-

messene Verzinsung zum Vorteil des Landes  
angewendet werden soll, ist es offenbar, daß  
diese Verpflichtung ihr eine zwar indirekte,  
aber tatsächliche Vorzugsstellung gegenüber  
jeder rein kommerziellen Organisation geben  
wird. Das Mandat ist nicht vollkommen, es  
liefert aber in jeder Zeile den Beweis so-  
wohl vom diplomatischen Geschick der Zion-  
isten als auch vom guten Willen des Man-  
datars.

Die Sitzung des Aktionskomitees der  
Zionistischen Organisation, die Mitte Februar  
hätte stattfinden sollen, wurde, wenn auch  
nicht für lange, verschoben. Bei ihrem Zu-  
sammentritt muß die Exekutive mandatskritik  
erwarten. Das ist nur in Ordnung, denn das  
Vertrauen, das man ihr zugebilligt hat, bringt  
eine ungeheure Verantwortung mit sich und  
richtige Kritik kann viel helfen. Die Kritik  
des Mandats richtet sich hauptsächlich gegen  
zwei Punkte. Es wird eingewendet, daß die  
Organisation bloß beratende Funktionen und  
keine Kontrolle über die palästinensische Re-  
gierung hat, und es wird ferner darüber ge-  
klagt, daß, da die Araber die Majorität in  
Palästina seien, diese auch die Mehrheit in  
der freiwilligen Armee stellen würden, die  
angeworben werden soll. Die Kontrolle, die  
diese Kritiker über die Verwaltung haben  
wollen, soll das Recht sein, den Gouverneur  
zu ernennen, in dessen Hand die ganze aus-  
übende Gewalt liegt. Andererseits soll der Ge-  
fahr einer durch eine arabische Armee den  
Juden zugefügten Unbill dadurch begegnet  
werden, daß eine jüdische Armee aufgestellt und  
durch sie die britischen Besetzungstruppen ab-  
gelöst werden sollen. Diese beiden Vorschläge  
werden von Jacobinsky vertreten, und sind  
einer Prüfung wert. Die Wirkung dieser  
Vorschläge wäre, daß an Stelle der jetzigen  
konstitutionellen Regierung eine Art von Kolo-  
nialgesellschaft träte, deren Aktionäre die Zion-  
isten der ganzen Welt und deren Direktoren  
die Exekutive des Aktionskomitees wären. Mit  
diesem Gedanken stimmt es überein, daß Ja-  
cobinsky darauf dringt, die Exekutive solle  
mehr die Auffassung der Juden in Palästina  
vertreten, da sonst die wirkliche Regierung  
Palästinas eine Oligarchie von Ausländern  
wäre.

Der Vorschlag, die militärische Besetzung des  
Landes zu übernehmen, wird manchen Englä-  
ndern gelegen kommen. Sie werden in der  
Lage sein, etwa zu sagen: „Zugegeben, daß  
die Wiederherstellung der jüdischen Nation in  
Palästina ein großes und erhabenes Ideal  
ist; warum aber soll England die ganze  
Verantwortung für die Durchführung auf sich  
nehmen? Die Juden oder doch einige von  
ihnen streben eifrig danach, es auf eigene  
Kosten zu tun und sie bieten sich an, dort  
ihre eigene Armee aufzustellen! Warum sol-  
len wir Millionen ausgeben, um das für die  
Juden zu tun, was einige von ihnen für  
sich selbst zu tun gewillt zu sein behaupten?  
Es ist unlegbar, daß diese Antwort auf die  
britische Bevölkerung in ihrer jetzigen Ver-  
fassung beträchtliche Anziehungskraft haben  
würde. Sie wollen ihre eigene Regierung  
bestimmen und ihre eigene Armee schaffen.  
Was haben wir dann noch dort zu tun?“  
Das würden die Leute in England sagen.

Ist es aber das, was die jüdischen Massen  
wirklich wollen? Sind sie bereit, nicht nur  
ihre eigene Armee aufzustellen, sondern aus  
eigener Kraft einen Krieg mit den Arabern  
zu führen (denn das würde es bedeuten)?  
Oder ist die Meinung, sie sollten die Armee  
aufstellen, wenn aber Unruhen kämen, sollten  
kritische Truppen intervenieren, wie dies seither  
seit in Indien und in Südafrika der Fall  
war? Es ist sehr gut, ganz deutlich zu pre-  
schen. Man kann die Verantwortung nicht auf  
diese Weise teilen. Haben wir politische Ver-  
antwortung, so haben wir auch militärische  
Verantwortung; haben andere die politische  
Kontrolle, so brauchen wir keine militärische  
Verantwortung zu übernehmen. Die Juden  
wären töricht, wenn sie diese Vorschläge ma-  
chen wollten, obwohl sie wissen, was sie be-  
deuten.

Es steht ja keine unerträgliche Alter-  
native vor uns. Nach dem Präzedenzfall von  
Sir Herbert Samuel ist entwerfbar  
sicher, besonders wenn die Zahl der Juden  
in Palästina wächst, daß die Tendenz dafür  
sein wird, daß auch die künftigen Gouver-  
neure Juden sind. Das Recht, den High  
Commissioner zu ernennen, bedeutet nichts  
Reales, was die Juden nicht bereits hätten,  
und außerdem wird der High Commissioner  
nicht immer das zentrale Organ der Exekutive  
macht sein. Was die Besetzung anbelangt,  
so gibt es andere Mittel, wie die Juden be-  
ginnen können, die Verantwortung auf sich  
zu lenken. Sie können sich zur palästinensischen  
Armee melden, und zwar in einem solchen  
Maße, das ihrer ganzen Stärke entspricht,  
nicht nach dem gegenwärtigen Verhältnis jüdi-  
scher und nichtjüdischer Bevölkerung im Lande,  
sondern nach ihren anerkannten Rechten und  
Verträgen und ihrem besonderen Interesse an  
der Zukunft des Landes. Schließlich liegt die  
Disferenz nicht in dem angestrebten Ziel, son-  
dern nur in den dazu führenden Wegen.  
Was ist besser: die Juden dem Lande auf-  
zuzwingen oder sie in das Land einzuführen,  
dabei einen Zustand der Geringschätzung zu schaf-  
fen, innerhalb dessen die Juden volle Wirt-  
schaftlichkeit haben, ihre Gaben zu gebrauchen und  
alle lokalen Palästinenser mitzunehmen? Ein  
Zweifel ist das wohl nicht möglich.

Wir schließen mit dem Hinweis auf einen  
bereits erwähnten Punkt, in dem uns das  
Entkommen des Mandats fehlerhaft scheint.  
Artikel 27 des Entwurfes lautet: „In dem  
Falle der Beendigung des Mandats,  
das durch diese Erklärung dem Mandatar  
übertragen wird, soll der Rat des Völker-  
bundes solche Einrichtungen treffen, als not-  
wendig erscheinen, um in Übereinstimmung mit der  
Garantie des Bundes die durch die Artikel  
13 und 14 gesicherten Rechte zu gewährleisten  
und unter der Garantie des Bundes Sicher-  
heit zu schaffen, daß die Regierung von Pa-  
lästina zur Gänze die finanziellen Verpflich-  
tungen erfüllen wird, die durch die Verwaltung  
von Palästina während der Mandatsperiode  
rechtmäßig eingegangen worden sind.“  
Der Gegenstand dieser Bestimmung ist  
klar genug. Sie faßt die Periode ins Auge,  
wo das „nationales Heim“, mit anderen Worten  
das jüdische Gemeinwesen, geschaffen ist, und  
setzt fest, daß auch dann der Völkerbund die

heiligen Stätten schützen und die Rechte jener  
wahren soll, welche der Regierung von Pa-  
lästina Geld geliehen haben. Aber der Satz  
in seiner vorliegenden Fassung findet auch  
Anwendung auf die Beendigung des Mandats  
aus anderen Gründen — zum Beispiel für  
die entfernte, aber doch denkbare Möglichkeit,  
daß in England eine neue Regierung aufsteht,  
die Josef nicht kennt und von Palästina nichts  
wissen will. Wenn dies geschähe, wäre der  
Völkerbund durch obige Bestimmung verpflich-  
tet, sich um religiöse und finanzielle Rechte zu  
kümmeren, nicht aber um die nationalen Rechte  
der Juden in Palästina. Und abgesehen davon,  
was der Mandatar tut oder nicht zu können  
wir keinen Beweis finden, daß der Völker-  
bund als solcher ausdrücklich zur Errichtung  
des nationalen Heimes oder zu seiner Auf-  
rechterhaltung verpflichtet ist. Da die Mission  
so klar ist, könnte man nicht den Entwurf  
etwas verbessern? Könnte nicht diese letzte Be-  
stimmung so formuliert werden, daß sie die  
Politik des nationalen Heimes dem Völker-  
bunde auflegt in dem sehr unwahrscheinlichen  
Falle, daß sich der Mandatar aus Schwäche  
oder einem sonstigen Grunde zurückzieht, bevor  
das Werk vollendet ist?

## Das Palästina-Mandat und die englische Presse.

Kritik und Würdigung.  
Eine der sachkundigsten und bedeutendsten  
Selbstregierungen des Palästina-Mandats, die bis-  
her erschienen sind, veröffentlicht die angesehenste  
englische Zeitschrift „The New Statesman“  
in ihrer Nummer vom 12. Februar. Zunächst  
bemerkte „The New Statesman“, daß er im-  
mer die Ansicht vertreten habe, England hätte  
die mit dem Mandat über Mesopotamien ver-  
bundenen Pflichten nicht auf sich nehmen dür-  
fen, da sie außerordentlich groß und drückend  
seien und andererseits nichts dafür spräche, daß  
die Bevölkerung von Mesopotamien tatsächlich  
das englische Mandat verlangt habe. Hieran  
geht der Artikel auf das Palästina-Mandat  
über und fährt fort:

„Mit Palästina ist es eine ganz andere  
Sache. Dort haben wir übernommen. Es  
pflichtungen anzunehmen und dort verhalten  
man nach uns in einer Weise, wie wir in  
Mesopotamien nicht verlangt werden. Die  
Beschränkungen, die wir ausgedrückt haben, wa-  
ren nicht gegen die Wünsche des Mandats,  
durch England, sondern nur gegen die  
Ausführung gewollt — also in Wirklichkeit  
gegen Fragen in palästinensischer Politik. Unter  
Palästina-Mandat enthält wie kein anderes  
Stück der Friedensverträge ein großes Ansehen  
von vernünftigen Mitteln. Zweifellos ha-  
ben wir gewiß materielle Vorteile in der Ge-  
genwart und vielleicht einige weitere in der  
Zukunft durch unsere Position in Palästina  
zu erwarten, aber nur wenige vorurteillos  
Personen werden mit Herrn Bagnwells Ent-  
scheidungen übereinstimmen, unsere wirkliche Absicht  
Palästina einfach zu einer Puffer-Brücke  
zur Verstärkung des britischen Reiches zu ma-  
chen. Es ist klar — und wenn es nicht klar  
ist, sollte es doch klar sein — daß wir nicht  
geben als erhalten. Lord Derby hat neulich  
die Preisgabe von Palästina (vermutlich an  
die Türken) mit Rücksicht auf die Kosten und

## Fenilleton.

### Graf Witte zur Judenfrage.

Die vom „Daily Telegraph“ veröffent-  
lichten Meinungen des Grafen Witte werden  
von Artikel zu Artikel interessant. Im 23.  
Kapitel behandelt Graf Witte das jüdische  
Debat über die Duma und die Arbeiten des  
Ministerates. Er schildert seine Bemühungen,  
Reformen durchzuführen, die Ausnahmsgesetze  
gegen einzelne Konfessionen zu beistehen oder  
zu entfernen, die Zensurgesetze zu ändern, die  
Höflichkeit alle seine Bemühungen an  
den Einfluß der reaktionären Parteien, welche  
der jüdischen Unterdrückung erfreuen dürf-  
ten, geltend. Das Ministerkomitee — fährt  
Graf Witte aus — erklärte, daß das jüdische  
Problem endlich einer definitiven Lösung zu-  
geführt werden müsse und daß es eine andere

Lösung als die allmähliche Abschaffung der  
Ausnahmsgesetze gegen die Juden nicht gebe.  
Der Ministerat vertrat auch den Standpunkt,  
daß die Judenfrage in diesem akuten  
Stadium nicht ohne Hinzuziehung von Vertre-  
tern der jüdischen Bevölkerung, welche jetzt  
mit den Juden in Kontakt leben, und auch  
Beseitigung der jüdischen Rechtsbegren-  
zungen mit den Juden in engere Berührung  
kommen werden, gelöst werden könne. Da ich  
nun sah, daß die Tätigkeit des Ministerkomitees  
zu keinem ersten Ergebnis führe, sah ich  
mich veranlaßt, seiner Majestät zu offen-  
sichtlicher Befriedigung die Einstellung der Tä-  
tigkeit dieses Komitees zu beantragen. So  
wurde keine Maßnahme, die zum Segen des  
Volkes hätte werden können, völlig fruchtlos,  
wenn nicht nur für das Land selbst. Auch die-  
ser Fall mußte die Intelligenz davon über-  
zeugen, daß der Kaiser und seine Regierung

entweder unfähig oder nicht willens sind, Re-  
formen zu gewähren. In mehreren Stellen  
hebt Graf Witte hervor, wie verhältnismäßig  
klein die Zahl der Juden war, welche mit  
der sogenannten Emanzipationsbewegung, die  
schließlich zur Revolution geführt hat, sym-  
pathisiert haben. Ueber die Organisation von  
Pogromen von Amis wegen erzählt Graf  
Witte unter anderem: Im Polizeidepartement  
bestand eine eigene Dudenpresse, auf welcher  
die Pogromproklamationen hergestellt wurden,  
durch welche die Volksmassen gegen die Juden  
aufgehetzt werden sollten. Diese Tätigkeit des  
Polizeidepartements, welcher ich später ein Ein-  
gebreche, erfuhr ich von dem Polizeidirektor  
Dopuchin, der gegenwärtig in sibirischer Ver-  
banung lebt. In Petersburg konnte ich diese  
Pogromagitator von Amis wegen einstellen,  
in der Provinz jedoch blühte die Pogrom-  
indulgie auch weiter fort. So wurde während

meiner Amtstätigkeit als Ministerpräsident in  
Sowjet ein furchtbarer Judenpogrom inszeniert,  
der direkt von der Gendarmen provokiert  
wurde. Als ich diese beständige Tatsache fest-  
stellte und hierüber dem Ministerrat referierte,  
schickte keine Minister auf das über diese Be-  
gelegenheit unterbreitete Memorandum, daß  
solche Angelegenheiten (da sie zu unangehe-  
migen) ihm nicht zur Kenntnis zu bringen seien.  
... Der Kaiser ist damals sicherlich in  
dieser Frage vom Minister des Innern Durno-  
wo beeinflusst worden. Der Kaiser — sagte  
Graf Witte an einer anderen Stelle — fand es  
überhaupt ganz natürlich, daß Leute, die wegen  
Verbrechen, begangen an Juden und Liberalen,  
im Sinne der Gesetze verurteilt wurden, seit-  
her begnadigt werden. W. M. Z.



das außerordentlich kleine Einkommen, das wir von dem Lande erhalten dürften, verteidigt, aber die materiellen Ausgaben, die in Rechnung zu ziehen wir allerdings vernünftigerweise berechnen, dürften schwer auf uns drücken. Im übrigen können wir nur den ungenierten britischen Armergeist von Lord Verbois Mede bewundern.

Im folgenden unterfucht die englische Zeitschrift die Berechtigung des Profieles von Emir Feisal, gegen die Mandate für Palästina und Mesopotamien, und tritt dafür ein, Feisal in Mesopotamien als Herrscher einzusetzen, falls er den Beweis erbringen kann, daß die Araber in Mesopotamien ihn als Herrscher verlangen. Hierauf aber geht die Zeitschrift in sehr interessanter Ausführung zur Besprechung, der im jüdischen Lager laut gewordenen Kritik gegen das Palästina-Mandat über und sagt:

„Was ist aber in Bezug auf die Bestimmungen des Palästina-Mandats zu sagen? Sie haben eine beträchtliche Kritik von jüdischer Seite erfahren. Das ist natürlich genug, da diesem geschätzten Gaud billigerweise ins Maul gesprochen werden kann. Einige der erhobenen Bedenken sind vernünftig. Manche sind es unserer Meinung nach nicht. Das Mandat wird natürlich manchen Erwartungen nicht gerecht, die seit der Balfour-Deklaration gehegt wurden. Aber das mußte so sein, denn diese Erwartungen waren extravagant. Das Mandat macht uns verantwortlich für die Sicherung des „jüdischen nationalen Heimats“, wie die alte Wendung lautet. Beschwerden werden laut, diese Wendung nebelhaft ist, wie es ja tatsächlich der Fall ist. Wir geben zu, daß es befremdlich ist, daß eine deutlichere Formulierung des zukünftigen Gemeinwohns (Commonweal) von Palästina nicht hat erfolgen können. Wenn wir unsere Aufgabe erfüllt haben, Selbstverwaltungsinstitutionen (self-governing institutions) zu entwickeln, welcher Art von Staat wird dieses jüdische nationale Heimt sein? Wir hoffen, daß es ein palästinensisches Staatsvolk (Nation) sein wird, ob es sich die Republik von Palästina nennen oder einen anderen Titel beilegen wird. Das scheint jedoch die Ansicht einiger der jüdischen Kritiker nicht zu befriedigen. „The Jewish War“ z. B. fordert, daß die Einwohner des Landes nicht palästinensische Bürger, sondern jüdische Bürger sein sollten. Darin stimmen wir nicht überein — das zugegeben heißt den Anspruch auf den „vollständigen jüdischen Staat“ zugeben, der die Auslegung bedeutet, welche die Extremisten immer der Balfour-Deklaration aufzubringen versuchen.

Ein solcher Anspruch kann unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich aufgestellt werden, da die Juden eine kleine Minorität im Lande sind. Noch konnten wir vernünftigerweise in das Mandat eine Verpflichtung aufnehmen, für einen solchen Staat zu arbeiten, wenn was würde das anderes bedeuten als eine Verpflichtung, die Araber, Moslems oder Christen zu verdrängen oder zu vertreiben? Daß die Juden bald eine Majorität werden, bezweifeln wir nicht, noch bezweifeln wir, daß sie auf Grund ihrer überlegenen Intelligenz und ihrer ökonomischen Stärke in der Verwaltung die Herrschaft haben werden. Tatsächlich setzt schon das Mandat die jüdische Organisation als einen Staatsrat (Advisory Council) ein, um mit der Verwaltung von Palästina zusammen zu arbeiten, soweit es sich um die Interessen der jüdischen Bevölkerung und die Entwicklung des Landes handeln würde. Alles dies ist für den einen Zweck, da es, wie wir schon früher gesagt haben, die Zionisten sind, von denen der Erfolg dieses Experiments abhängt. Nur wenn die Zionisten gleich im Anfang eine radikale Haltung einnehmen und so einen intoleranten Geist zeigen, so werden sie eine Katastrophe heraufbeschwören. Politik und Gerechtigkeit verlangen sicherlich eine Mäßigung von ihrer Seite. Jedenfalls sind wir, als der Mandatar verpflichtet, die Interessen auch der anderen Elemente neben den Juden zu fördern und wir können kein anderes Ziel ausdrücken als die Schaffung eines palästinensischen Staatsvolkes.

Darin dürfen wir, wie wir glauben, durch alle jene wohl vernünftigen als auch enthusiastischen Juden unterstützt werden, die die Kerngruppe der jüdischen Organisation bilden.

Hiernach wendet sich The New Statesman gegen jene Kritiker, die die Aufnahme des Paragraphen über die Arbeit der Missionäre in den Mandatarwurf beanstanden. Diese Kritiker sollten bedenken, daß die Mandatarmacht den christlichen Missionen nicht verbieten kann, das ihnen selbst die Türen geklopft haben, daß die Missionäre auch unter der mohammedanischen Bevölkerung ein großes Feld haben und daß schließlich die Juden in Palästina sich um diese Missionen nicht mehr kümmern müßten als in London, wo die Bekämpfung eines Juden zum Christentum angeblich mehr als 10.000 Pfund Sterling kostet. Es gebe erstere

Angelegenheiten für England und die Zionisten zu behandeln. Die ernstesten seien die Frage der Immigration und der Versöhnung der Araber. Die erste Frage ist durch einen der Mandatsartikel der Administration von Palästina als klare Aufgabe zur Behandlung gestellt. Die zweite Frage wird im ganzen Mandat von Anfang bis zu Ende in Betracht gezogen. Die Verantwortung für die Erlebung beider Punkte werde in der Praxis der jüdischen Organisation überlassen sein, nicht nur weil diese notwendigerweise die Haupttriebkraft im Lande sein wird, sondern auch mit Rücksicht auf ihren Einfluß auf die Juden der ganzen Welt.

The New Statesman schließt seine Ausführungen: „Wir glauben nicht, daß unser Vertrauen in die Zionisten falsch angebracht ist. Sie haben fähige Männer an Ort und Stelle und sie genießen die enthusiastische Unterstützung ihrer Gemeinschaft in der Diaspora. Schwierige Probleme liegen vor ihnen — politische Probleme, wie die Schaffung von Regierungsorganen in Zusammenarbeit mit der Mandatarmacht, sowohl zentraler als lokaler Art und die Aufstellung ihrer lokalen Verteidigungstruppen, ökonomische Probleme, die Errichtung von öffentlichen Werken, von Irrigation und Landwirtschaft. Die Männer, die mit diesen Problemen zu tun haben, können das Mandat, wie es entworfen ist, als ein unvollständiges Instrument betrachten, aber sie können nicht zögern, es als den Charter eines sehr großen Unternehmens anzusehen.“

### Kulturelle Bestrebungen unter den palästinensischen Arbeitern.

Die jüdische Welt kennt seit einigen Jahren den jüdischen Arbeiter in Palästina. Sie weiß von den vielen Seiden, die ungekaut und namenlos, auf der Wacht gefallen oder in Krankenhäusern gestorben sind, noch aber kennt sie den anderen Typus des Arbeiter-Selbst nicht den lernenden Arbeiter und den lehrenden Arbeiter. Sie weiß wenig davon, wie der jüdische Arbeiter, wenn er am Abend müde nachhause kommt, seine letzte Kraft zusammennimmt, um einer Lektion beizuwohnen, und nichts weiß sie von dem Arbeiter-Lehrer, der den Arbeiter hinausbegleitet in die erste einsame Kibutz, um dort „Kulturkammer“ zu sein, Stundenunterricht zu erteilen, die Bibliothek zu verwalten, mit dem Licht des Geistes über Stunden der Ermüdung, der Verpeinung, der Hoffnungslosigkeit, und in guten Zeiten, auch über die lange Welle der Einsamkeit hinwegzuhelfen.

Diese Institution des Arbeiter-Lehrers ist von den beiden großen Arbeiterparteien Palästinas eingeführt und gepflegt worden und ist nunmehr in der gemeinsamen allumfassenden Arbeiterorganisation (Histadrut) zentralisiert. Die folgenden Zeilen wollen über den gegenwärtigen Stand dieser Bestrebungen unter der Arbeitererschaft einige laute Daten geben.

Taffa ist das Zentrum der Arbeiterbewegung und dementsprechend auch Zentrum der kulturellen Bestrebungen. Hier hat der Hapoel Hazaif wissenschaftliche Kurse eingerichtet, an denen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften unterrichtet werden. Die Lehrer — meist Professoren des Gymnasiums — unterrichten umsonst, die Teilnehmer zahlen einen Pfaktor für die Vorlesung und dieser Beitrag deckt die Kosten. Die Abendkurse von Akhbat haawoda, werden von 160 Schülern besucht, von denen die Hälfte jemenitisch und sephardisch sind. Unterrichtet wird dort Hebräisch, Rechnen und Fachkenntnisse (in diesem Jahre speziell Metallarbeit.) Die Zahl der Lehrer beträgt vierzehn. Die Kurse waren so beliebt, daß sie auch während der Ferien nicht unterbrochen wurden. Das Budget für diese Kurse beträgt nur 30 Pf. monatlich. Das Schulgeld einen Pfaktor wöchentlich. Im Anschluß an die Kurse bildete sich ein Lehrerkollegium mit dem Zweck, den jungen Burshen Kenntnisse in Literatur und Lebensfragen zu vermitteln. Eine Bibliothek von 1300 Bänden steht den Teilnehmern der Kurse zur Verfügung. Die Kurse sind im Begriffe sich zu einer richtigen Schule für Erwachsene auszubilden. — In den Kolonien sind Bildungszentren überall dort entstanden, wo der jüdische Arbeiter Aufnahme gefunden hat. Das ist ja leider nicht in allen Kolonien der Fall. In Mikotz Israel, das ist in den letzten Jahren dank seinem jetzigen Verwalter aus einem Nest der französischen Assimilation in ein hebräisches Zentrum verwandelt hat, besteht ein Kurs von 32 Schülern, in Petach Tikwah bestehen Abendkurse, an denen auch viele Mädchen — teilnehmen — teilnehmen. Die kenachbare Arbeiterkolonie Ein Ganin lud den Lehrer von Petach Tikwah ein, den Unterricht auch dort zu führen, und nahm einen Teil der Kosten auf sich, so daß noch ein Hilfslehrer angeheilt werden konnte. 18 Arbeiter lernen dort, und

auch die Kinder dieser Arbeiter werden unterrichtet. In die Arbeiterküche von Petach Tikwah ist eine Bibliothek angegliedert, wo am Samstag von einem Fachmann Vorträge aus jüdischer Geschichte gehalten werden. In Machne Jehuda unterrichtet eine Lehrerin die Frauen der jemenitischen. Auch in Sidron Jakob sind es meistens jemenitische, welche die Arbeiterkurse besuchen. Da in Sidron Jakob die Bibliothek der Kolonie nicht mehr besteht, ist die Arbeiterbibliothek dort sowohl Töchter der Kolonisten ein Segen.

Für die Arbeiter, wie für die Köhne und von den Lehrern in den Kibutz ist schon oft gesprochen worden. Die Kibutz in Men Schemen, Gan Samael, Merchawia, Balfuri, Kalandia, Karmel, Chulda, Kinereth, Dils, Daganja haben ihre Lehrer, oder vielmehr hatten. Denn infolge der finanziellen Krise im Zionismus ist die Arbeiterinnenfarm in Kinereth — die einzige Arbeiterinnenfarm, die wir hatten, aufgelöst worden, in Kalandia und Karmel mußten aus dem gleichen Grunde die Lehrer ihre Kibutz verlassen. Hoffentlich gelingt es dem Keren Hajeßod bald, die Weiterführung des Werkes zu ermöglichen.

Die Zahl der Lehrer ist in den Kibutz in diesem Jahre der finanziellen Lage wegen kleiner als im Vorjahre, trotz der Einwanderung. Dagegen sind an den Straßenbauten, der „Kibutzim“, neue Zentren entstanden, dort unterrichten derzeit sieben Lehrer.

Außer der bei den Kurien in Taffa bestehenden lokalen Bibliothek gibt es eine zentrale Wanderbibliothek, welche derzeit 3000 Bücher umfaßt. Der Grundstock der Bibliothek ist durch eine Spende Dr. Weizmanns zustande gekommen. Diese 3000 Bände sind in kändiger Zirkulation. Die Bibliothek bedient 45 Siedlungspunkte in ganz Lande. Wie hoch ist das Budget dieses Kulturwerkes? Verschwindend gering! 142 Pfund monatlich! Und als die Krise im Zionismus einsetzte, blieben auch diese aus, die Kurse wurden, wie durch ein Wunder erhalten, die Lehrer wurden nicht bezahlt. In den Kibutz und auf den Kibutzim erhielten sie mit den Kameras den wenigstens das Essen, in der Stadt sanken sie tiefer und tiefer in Schulden.

Noch nie war die Frage nach Lehrern und Lehrbüchern so stark, wie jetzt und die Nachfrage kann nicht befriedigt werden. Das Hebräisch wird unter dem Druck der Einwanderer, die es nicht beherrschen, zurückgedrängt. Die neue Organisation der Arbeiter konnte der finanziellen Verhältnisse wegen, sich ihr höchstes im Augenblick nicht sehr weit strecken: „Schmirath haajam“ Wahrung des Bestehenden, das ist alles, was man gegenwärtig tun kann. Solange bis — bis der Keren Hajeßod die Mittel aufbringt; das Kulturwerk unter den Arbeitern so weiterzuführen, um wenigstens den Bestand der Sprache zu sichern. Arbeiter anderer Völker sprechen von Volkstheatern, von Arbeiterhochschulen, unsere Arbeiter wären zufrieden, wenn ihnen das Volk die Volkssprache wiedergäbe.

### Aus dem palästinensischen Staatsrat.

Die vierte Sitzung dieser neuen Institution, welche einen Regierungsrat darstellt und eigentlich den ersten Keim der künftigen Selbstverwaltung des Landes bildet, fand unter Vorsitz des Oberkommissärs zu Anfang des vorigen Monats statt. Der Oberkommissär machte Mitteilung von der bevorstehenden Aufhebung des Tabakmonopols, ferner daß mit Rücksicht auf das Sinken der Lebensmittelpreise nunmehr wieder die Ausfuhr von Getreide bis zu einer gewissen Grenze gestattet sein wird. Bezüglich der Fleischversorgung bestanden verschiedene Projekte zur Einführung von ausländischem Schlachtvieh. So stehende die Regierung zum Beispiel mit dem Sudan in Unterhandlungen. Auch für Rohle und Petroleum sei ein Sinken der Preise zu gewärtigen.

Betreffs der den einzelnen Gemeinden zu gewährenden Anleihen zur Wasserinstallation berichtete Mr. Brown:

Viele Gemeinden haben in der Nähe Quellwasser, nur mangelt es ihnen an den nötigen Mitteln, um das Wasser durch Leitungsröhren ins Dorf zu bringen. Die Regierung wolle daher diesen Gemeinden Anleihen bis zu 400 Pfund Sterling unter gewissen Garantien gewähren. Die Bezahlung soll in drei bis fünf Jahren, bei 6 Prozent Amortisation, erfolgen und zusammen mit den Steuern eingezogen werden. Die Regierung hoffe diese Anleihen unbeschränkt jeder darum ansehenden Gemeinde gewähren zu können. Hand in Hand damit würde auch die Sanierungsarbeit in den betreffenden Gemeinden durch die Abschaffung der Wasserbehälter vor sich gehen. Schließlich versprach der Oberkommissär, in besonderen Fällen die Erteilung von höheren Anleihen in Erwägung zu

nehmen, worauf die Regierungskräfte zum Beschluß erhoben wurden.

Sodann wurde der Entwurf über die Hafensteuer zum Beschluß erhoben. Nach diesen Bestimmungen habe jedes in einem Hafen Palästinas eingetroffene Schiff eine gewisse Steuer zu leisten, die aber beim Anlegen in einem zweiten Hafen im Lande auf die Hälfte reduziert wird. — Es wurde auch eine Zusatzbestimmung zum türkischen Gesetzbuch angenommen, dahingehend, daß jeder, der brachliegenden Boden in Bearbeitung übernehmen will, hierzu einer Bewilligung der Regierung bedürfe. Im Sinne der türkischen Fassung des Gesetzes konnte jedermann sich brachliegenden Boden aneignen und auf diese Weise entstanden immer Bodenprozesse unter der Bevölkerung.

Darauf erstattete der Referent für Landwirtschaft sein erstes Referat, woran sich eine lebhafte Debatte schloß. Verschiedene Redner forderten, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit der Beförderung der holzarmen Gegenden zuwenden solle, weiters habe das Ackerbau- und Landwirtschaftsamt an die Bevölkerung populär und kurz gehaltene Vorträge in verschiedenen landwirtschaftlichen Fragen auszugeben. Es sei auch eine Versuchsstation für den Anbau des jetzt freigegebenen Tabaks zu errichten. Weiters wurde die Errichtung von Landwirtschaftssammern angeregt. Die Vertreter der Regierung gaben eingehende Antwort auf alle Fragen und versprachen, die Anträge der Mitglieder des Staatsrates zu prüfen und nach Möglichkeit durchzuführen. So gab der Leiter des Unterrichtsamtes die Erklärung ab, daß das Unterrichtsamt gemeinsam mit dem Landwirtschaftsamt an der Ausgabe von Broschüren über verschiedene landwirtschaftliche Fragen, für Schulkinder bestimmt, arbeiten werde. Auf diese Weise hoffe man auch den Schülern in den Dörfern die Elemente der landwirtschaftlichen Erziehung leicht und rasch beibringen zu können.

Betreffs des Gesetzes über den Städtebauplan teilte der Justizsekretär mit, daß das Gesetz der königlichen Regierung in London zur Einsicht vorgelegt und von ihr vollständig akzeptiert wurde. Doch habe diese einige kleine Änderungen formeller Natur vorgenommen, welche den Mitgliedern des Staatsrates neuerdings zur Beschlußfassung vorgelegt würden. Die geänderten Fassungen wurden angenommen.

Betreffs der an Stelle des aufgehobenen Tabakmonopols einzuziehenden Tabaksteuer wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche zusammen mit den betreffenden Regierungsbeamten die bezüglichen Anträge auszuarbeiten und vor das Plenum des Staatsrats zu bringen hat.

Auf die Anfrage eines Delegierten über die Schwierigkeiten bei der Hypothekeneintragung antwortete Herr Benwich, daß nach der Uebernahme der Regierung durch die Engländer die Hypothekeneintragungen in englischer Sprache geführt werden, doch wird jedem Reflektanten die Befähigung der Eintragung sowie der Auszug des Eintragungsaktes kostenlos ausgestellt.

Zum Schluß teilte der Oberkommissär mit, daß die Regierung sich mit der Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems in Palästina befaße, und eine diesbezügliche Verordnung solle in der nächsten Sitzung der Mitglieder des Staatsrats zur Beratung vorgelegt werden.

### Österreich.

Der Bundeskanzler Dr. Mayr zur Judenfrage.

Der Wiener Korrespondent des Konstantinopeler „Journal d'Orient“ und des „Jerusalem“, Haarek, Lewanon, war so liebenswürdig, der „Jüdischen Pressezentrale“ in Wien, folgendes ihm vom österreichischen Bundeskanzler Dr. Mayr gewährte Interview zum Vorabdruck zu überlassen. Auf die Frage nach dem Verhalten der Regierung zur Judenfrage und im besonderen der Frage der Juden in Wien, erklärte Bundeskanzler Mayr: „Ich gehöre seit vielen Jahren zur christlich-sozialen Partei, die in der jüdischen Frage ihren bekannten Standpunkt einnimmt, einen Standpunkt, der hauptsächlich die wirtschaftliche Seite dieser Frage ins Auge faßt. Die hier geborenen oder sonst in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gelangten Juden genießen den vollen Schutz unserer Gesetze, den wir ihnen willig gewähren würden, auch wenn nicht im Zusammenhange mit dem Friedensvertrage eine besondere Verpflichtung für uns in diesem Punkte geschaffen worden wäre. Was die, insbesondere seit Kriegsbeginn, zugewanderten Juden betrifft, so haben wir in Bezug auf sie keine Ausnahmeverfügungen getroffen. Die Bestimmungen, welche der Auswanderungsratratil







**Rumänien.**

**Die Wahlreform und die Juden.**

(Z. C. B.) Die Bukowinaer jüdische Landesorganisation hat an den Ministerpräsidenten Gen. Averescu folgendes Telegramm gerichtet: „Die Regierung legt soeben dem Parlament eine neue Wahlreform vor. Nach dieser Vorlage sollen die Städte mit den umliegenden Landgemeinden zu Wahlkreisen vereinigt werden. Hierdurch werden die Juden, welche hauptsächlich in den Städten wohnen, nicht einmal die Wahlzahl erreichen, um auch nur einen einzigen jüdischen Vertreter bei den allgemeinen Wahlen durchzubringen. Wir wünschen aber ein großes Interesse an einer unserer Zahl und Bedeutung angemessenen Vertretung. Wir wünschen ein Wahlrecht nach rationalen Kriterien, zumindest aber verlangen wir, daß die städtischen Wahlkreise von den Städten getrennt werden. In der Uebersetzung, daß die Regierung selbst es wünscht, daß die Juden des Landes eine angemessene Vertretung in Kammer und Senat haben, geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung unseren Wünsche Rechnung tragen wird.“

Am selben Sinne sind auch von den jüdischen Organisationen in Bukarest, Cluj, Iasi und Radaul Schick bei der Regierung unternommen worden.

**Die Aufschwabbewegung.**

Das Palästinament der jüdischen Arbeiter in Rumänien hat eine lebhaftige Aktion zur Gründung von „Aufschwabbewegungen“ eingeleitet, welche großen Erfolg gehabt hat. Der rumänische „Aufschwabbewegung“ in Galizien bereits 1000 Mitglieder in 18 Städten an, die zusammen einen Bodenkomplex von 30.000 Dunam in Palästina zu erwerben beabsichtigen, um eine Pflanzkolonie zu gründen. Es sind 21 Mill. Lei gesammelt, welche im Laufe von 10 Jahren eingezahlt werden sollen. Die Arbeiten sollen in Palästina durch jüdische Arbeiter und durch Söhne der Aufschwabbewegung geleitet werden. Der Plan der Arbeiterkassen ist ins Auge gefaßt. Es sind Unterhandlungen wegen des Bodens bei Haifa im Gange, auch wird gleichzeitig eine Anleihe von 100.000 Lei angesetzt. Nach Möglichkeit soll die Arbeit bereits in diesem Herbst beginnen. Der Zentralrat der Aufschwabbewegung ist in Bukarest.

**Iran reich.**

**Das Judentum der „Alliance“**

(Z. C. B.) Zu der seinerzeit gebrachten Mitteilung über den antinationalen Inhalt des von der „Alliance“ dem Völkerbund überreichten Memorandums, ist das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris nun in der Lage den Wortlaut der betreffenden Stelle des Memorandums, das eine schwere Anklage einer „jüdischen“ Institution gegen das ganze jüdische Volk bedeutet, zu bringen. Sie lautet: „Die transkaspischen Länder sehen mit großer Unruhe die Ankunft der ersten Einwanderer. Das Problem ist in seinem Wesen ein internationales. Das Gebiet auf dem es entsteht, ist auf die verschiedenen Länder aufgeteilt. Sogar einen Teil desselben Territoriums, das auf dem ausgedehnten Gebiete der russischen Imperien einst den Siedlungsraum bildete, hat noch keinen anerkannten Eigentümer. Bräuterei und Räuberbanden machen sich gegenseitig das Territorium streitig. Daraus ergibt sich, daß das Problem ein internationales ist. Eine Ueberflutung von Flüchtlingen, die vom Hunger erschöpft und durch Not aufgeregt sind, bedroht die gesellschaftliche Ordnung und die öffentliche Gesundheit.“

**Austritt Sliosberg aus der Delegation.**

(Z. C. B.) Abvocat Sliosberg hat seinen Austritt aus dem Komitee der jüdischen Delegationen erklärt. Dem Begründungsschreiben entnehmen wir folgende Motive für den Austritt Sliosberg: Er halte sich nicht für ermächtigt, die Interessen eines bestimmten Teils des russischen Judentums in der gegenwärtigen Zeit in der Weise zu vertreten, wie das A. d. J. D. sich befugt erklärt, die Interessen des Judentums überhaupt zu vertreten. Das Bestreben des Komitees, sich in eine permanente, alle Territorien umfassende politische Repräsentation des ganzen Judentums zu verwandeln, könne er weder aus formalen Erwägungen, noch seinem Wesen nach als gerechtfertigt anerkennen. Ein ferneres Bestehen im Bestande des Komitees wäre eine wissenschaftliche Frage. Die Würde eines Vorkämpfers der jüdischen Sache drückt Sliosberg seine tiefste Verachtung für die selbstverleugnende Arbeit Sliosbergs und Mohlens aus, die die Parteilichkeit der ganzen Judentum verdient.

In seinem Antwortschreiben gibt Sliosberg seinen Bedauern über den Austritt Sliosbergs Ausdruck und stellt fest, daß das A. d. J. D. sich keineswegs als permanente Institution be-

achte, sondern eine solche erst schaffen will. Er erachtet Sliosberg um seine Mitwirkung an den Arbeiten des A. d. J. D., wenn nicht als Mitglied des Komitees, so doch wenigstens als Mitglied der jüdischen Kommission. Sliosberg hat den Vorschlag angenommen.

**Italien.**

**Luigi Luzzatti an die palästinensische Arbeiterschaft.**

Aus Rom gelangte nach Jerusalem Prof. Anselmo Colombo, der Vertreter des italienischen Judentums bei dem Komitee des Delegationsbüros und überbrachte dem Waad leumi zu Händen des Herrn Dr. Thon folgendes, an die palästinensische Arbeiterschaft gerichtete Schreiben:

„Ihr, die Ihr den grausamsten Verfolgungen entkommen seid und im heiligen Lande unserer Väter wohnt, so ist die Stigmata anderer Nationen respektieren, mit ihnen in wahren Frieden leben, ohne irgendwelche politische Vorteile für Euch zu suchen. Die Geschichte ist voll von traurigen Beispielen, aus denen wir ersehen, daß Verfolgung, die die Rassegefühle erregt haben, nicht zu Verfolgungen führen. Das ist eine große Sünde. Die Trennung zwischen Christen und Juden war für die Juden gefährlich nicht nur in Palästina, sondern in der ganzen Welt. Der Verfolgung von gestern muß heute entgegen gesetzt werden. Es gibt keine Verzeihung ohne vollständiges Vergessen. Nur dann kann man die neue Freiheit vollständig genießen.“

In Palästina müssen die Juden die Landwirtschaft allen anderen Berufen vorziehen, um das Land wieder zu bebauen, wie es in der Bibel geschildert wird: ein Land, das von Milch und Honig fließt. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sollen sich immer mehr und mehr zu genossenschaftlichen Gruppen zusammenschließen, die eine vollständige Wirtschaft haben. Nur auf diese Weise kann den auf genossenschaftlicher Grundlage Vereinigten geholfen werden. Nur dann wird das arme Armen geben, und die Arbeiter werden die Früchte ihrer christlichen Arbeit genießen.

Schreier dieser Zeilen, die aus vollem Herzen kommen, ist bereit, obwohl er Jahre alt, die landwirtschaftlichen Genossen helfen zu unterstützen, wie er jederzeit in seine derartige Gesellschaft in seinem Vaterlande Italien unterstützt hat.

Man muß den Juden Palästina raten, sich vor der in unserer Rasseigenen Zeit stehenden Gefahr in acht zu nehmen: Massentötung während eines Unglücks und G. sprechend in Stunden des Glücks. Keine Unterdrückung und keine Unterdrückung — das muß das politische, ökonomische und moralische Programm der Juden Palästinas sein.

Die Augen aller Juden sehen auf Palästina. Die Unterdrückung und verfolgte Juden leben dort das Land der Erlösung. Die glücklichen, die ihr Vaterland lieben, weiß es sie wie eigene Söhne behandeln, auch die sind um das Schicksal ihrer Glaubensgenossen in Zehuda und Jerusalem besorgt.

Wir dürfen nicht einen Augenblick vergessen, daß wir es waren, die sich während der ganzen Zeit des Galuths für die Gerechtigkeit aufopfert haben. Um es zu werden, müssen wir selbst am Tage der Erlösung gerecht und demütig sein. Möge auch in Palästina die Sonne des Tages an gehen, an dem Juden, Christen und Mohammedaner, durch gegenseitige Verständigung vereint, ihrem Gotte dienen, und ihr Wunsch sei nur das allgemeine Wohl und das Recht der Entschieden. Moscham erst wird die Menschheit den wahren Frieden finden, der nicht durch Krieg, sondern durch Liebe erreicht wird.

gez.: Luigi Luzzatti.

Roma, am 1. Chanuschag 5691.

Bekanntlich hat Luigi Luzzatti den letzten sein warmes Interesse für den Zionismus bekundet. Einige Zeit nach dem Tode Herz's war sogar davon die Rede, daß er offiziell in die Leitung der jüdischen Organisation eintritt. Laut Meldung des „Sato“, New-York, sollen jetzt Verhandlungen im Wege sein, die den Eintritt Luzzatti in den Economic Council des Reichen Hauses werden. Luzzatti ist der Vater der italienischen Genossenschaftsbewegung und gilt als Autorität in Fragen der landwirtschaftlichen Kleinrenten.

**Amerika.**

Die Palästinaabstreitung der jüdischen Ingenieure.

Anlässlich des Besuchs Barons James Rothschild fand in New-York die Konferenz der „Jüdischen Ingenieure und Agricultoren“ statt. Nach einer Ansprache des Baron Rothschild beschloß die Konferenz, unter den 2000 Mitgliedern 1 Mill. Dollars in 500 Dollar Aktien anzubringen und dieses Kapital in

verschiedenen Unternehmungen Palästinas zu investieren.

**Ein Economic-Council in Amerika und Kanada.**

(Z. C. B.) James Rothschild hat während seiner Anwesenheit in Amerika, die prominentesten Juden, auch die, die bis zum großen Teile abseits der jüdischen Bewegung standen, zur Mitarbeit für den Wiederaufbau Palästinas und für die Bildung eines Economic-Council gewonnen. Auf einer am 1. Februar im Privat Office von Nathan Strauß stattgefundenen Konferenz der Vertreter aller jüdischen Landesverbände (allgemeine Organisation, Misrahi, Poale-Zion) berichtete James Rothschild, daß in dem von ihm gebildeten Council folgende Herren eingetreten seien: Richter Irving Lehman, als Vorsitzender, und als Mitglieder: Felix Warburg, Colonel Herbert Lehman, Cyrus Sulzberger, Salomon Rosenblum, Oscar Strauß, Louis Marshall, Nathan Strauß und als Sekretär Louis Strauß, früherer Sekretär Herbert Hoover's. Die Konferenz, an der neben Strauß und zahlreichen Provinzialmitgliedern die ganze New-Yorker jüdische Elite und von den Misrachiten Rabb. Berlin, Rabb. Teitelbaum und Public und von der Poale-Zion Baruch Zuckermann, Dr. Syrkin und David Pinski teilnahmen, hat mehrere Resolutionen angenommen, worin u. a. James Rothschild für seine Erfolge in Amerika Dank ausgesprochen wird, ebenso Baron Edmund Rothschild (James Vater) für seine Leistungen für den Zionismus.

Dem von Rothschild in Kanada geschaffenen Economic Council gehören 75 kanadische Finanziers an, mit Mortimer Davis, dem reichsten Juden Kanadas, an der Spitze.

**Rückkehr James Rothschild's aus Amerika.**

James Rothschild ist von seiner Reise aus Amerika und Kanada am 15. Februar zurückgekehrt.

**Ford in Selbstwierigkeiten.**

Der bekannte Automobil-Fabrikant Ford ist in Geldwierigkeiten geraten und sucht eine Anleihe von 75 Millionen Dollar aufzunehmen. Das beabsichtige „Wall Street Journal“ verweist bei dieser Gelegenheit auf die von Ford geäußerte antisemitische Propaganda, die ihm die Aufbringung der Anleihe in Wall Street bedeutend erschweren dürfte.

**Verwerfung der Johnson-Bill durch den Senat.**

(Z. C. B.) Die Einwanderungskommission des Senates hat der Johnson-Bill, die ein Verbot der Einwanderung, außer für nahe Verwandte, für die Dauer eines Jahres bezweckt, nicht zugestimmt und schlägt vor, daß ab 1. April die Einwanderung aus den verschiedenen fremden Staaten zahlenmäßig beschränkt werde, u. zw. mit 5 Prozent der in Amerika bereits sich befindenden Angehörigen dieser einzelnen Staaten.

**Misrahi.**

(Z. C. B.) Auf der am 18. und 19. Jänner in New-York stattgefundenen Sitzung des Großen Exekutiv-Komitees des amerikanischen Misrahi wurde hauptsächlich die Stellung des Misrahi zur demnächst bevorstehenden A. C. Sitzung behandelt. Es wird verlangt, daß die zion. Leitung endlich einen festen prinzipiellen Beschluß fasse, daß jede von den Zionisten irgendwie unterstützte Institution nicht gegen die jüd. Tradition verstoßen dürfe. Eine rege Agitation für den „Nachschuß“ wurde beschlossen und der Plan, eine Gesellschaft mit einem Kapital von mindestens 50.000 Doll. zu gründen, gutgeheißen, die Boden in Palästina erwerben und auf Naturzahlungen weiter veräußern soll.

**1 Million Dollar in Pittsburg.**

(Z. C. B.) Die Pittsburgur Zionisten organisieren eine Sammlung von einer Million Dollar für die Entwicklung der verschiedenen Industrien in Palästina, hauptsächlich der Glas- und Ziegel-Industrie, Glengiebereien und Maschinenerzeugnissen.

**Vom jüdischen Kongress.**

(Z. C. B.) In diesen Tagen werden zahlreiche Konferenzen und Massenversammlungen für die Reorganisation des amerikanischen-jüdischen Kongresses als permanente Körperschaft abgehalten. Aus diesen Konferenzen liegen bereits Berichte über die Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen vor. Ueberall wurden ständige Komitees und Juntas gebildet, die sowohl die Wahlen als auch die folgenden Arbeiten, durchzuführen haben. In den Städten Boston, Springfield, Washington, Columbus, Ohio, Omaha, Newark und Cranston sind die Vorbereitungen in vollem Gange.

**Politische Chronik.**

**Druckfehlerberichtigung:**

In der vorigen Nummer hatten sich unter „Reisen“ einige sinnfällige Druckfehler eingeschlichen: statt „Täuferei“ ist „Tänzerin“ zu lesen und später ist die „Stimme von Perpetua“ gemeint.

**Popper Lynkeus.**

Am 21. Februar feierte ein Großer im Geiste seinen 83. Geburtstag. Popper Lynkeus, lebte stets in seiner Einsamkeit, und selbst wurde sein Name genannt, auch dann nicht, als seine „Phantasien eines Realisten“ erschienen und die Naturwissenschaftler und Naturforscher von Schöpfungsgeschichte dazu Stellung nehmen mußten. Erst in den allerletzten Jahren hat sich Popper durchgerungen und die große soziale Welle, die über Mittel- und Osteuropa zusammenflog, brachte Poppers Werk „Die allgemeine Naturpflicht“ zur öffentlichen Diskussion, was nicht verschlug, daß der greise Gelehrte, trotz Ehrungen und Feiern in Wien ein kümmerliches Dasein fristete. Die österreichische Verwaltung hatte für Gelehrte, die nicht einer Kunst oder Wissenschaft angehörten, nichts übrig. Vollends konnte ein Unterrichtsministerium, das jeder Zeit stark christlichsozial oder doch zumindest kirchlich war, für einen Juden wenig tun, denn nicht nur in der Konfessionszeit konnte man in Österreich sitzen, „Hört Ihr Leute und laßt Euch sagen der Kultus hat den Unterricht erschlagen.“ Popper Lynkeus ist erst kürzlich vom Krankenlager aufgestanden und erfreute sich des Besuches seines Konventualen Albert Einstein. Ein hoher Ehrer, von reiner Menschenliebe tief durchdrungen sollte Popper Lynkeus allerwegen in jüdischen Kreisen geehrt werden.

**Slowaken jüdischer Religion.**

Wo? In Zilina. Zilina war uns früher nur bekannt als wichtige Eisenstation und als derjenige Ort, an dem man Stundenlang auf Zugverbindungen warten mußte. Nun hat es sich seinen Ehrenplatz in der jüdischen Geschichte erworben. Es verdrängt schmerzhaft den Neologen, Kultuspräsidenten und Präsidialmitglied Dr. Sp., daß vor den Wahlen die Orthodoxen zum Minister Erzbischof gingen, um ihn zu fragen, welcher Partei sie ihre Stimmen geben sollen, insofern dessen „gründete“ er rasch zu etwas wie „Slowaken jüdischer Religion“. Wir wissen ja, daß in der Geschichte sich nichts so sehr wiederholt, als die Dummheit der Menschen. Zu einer Zeit, in der es die „deutschen Staatsbürger mosaischer Konfession“ dauerte, noch erhielten zu müssen, wird diese Mißgeburt jüdischer Opportunismus in Zilina geboren. Dazu gaben sich weder die deutschen, noch die tschechischen Juden her, daß blieb einzig und allein den Ziliner vorbehalten.

Es dürfte vielleicht ein Schritt zur Verständigung mit den Orthodoxen bedeuten, daß nach der „jüdischen Presse“ von „Volksverband“ das Aufgeben der nationalen und jüdischen Propaganda verlangen. Aber für solche plumpe Manöver dürfte doch ein Roman Weber nicht zu haben sein. Diese neue jüdische Gesellschaft der Slowaken jüdischer Religion verleierte am 13. Februar Aufreife an die Wähler der Vereinigten jüdischen Parteien in Zilina, und warnte jüdische Wähler (beide nicht: Slowaken jüdischer Religion), sondern g'att jüdische Wähler, sich nicht irreführen zu lassen und bei der Volkswahl sich nicht „jüdisch“, sondern „slowakisch“ zu bekennen, denn erstere hätte gar keinen „praktischen Zweck“ und wäre nur dazu, „daß wir in unserer Heimat mit der Zeit als Fremdboll betrachtet werden und daß das Verhältnis zwischen uns und der tschechischen slowakischen Nation, in deren Mitte wir leben, unnötiger Art vergiftet wird.“ Dieser slowakische Dr. Sp. jüdischer Religion war noch vor zwei Jahren und drei Monaten natürlich ein „Machbare mosaischer Konfession“ und hat als Advokat nur keine Firmatafel ändern müssen. Sonst ist er sich gleich geblieben. Der einzige Unterschied ist nur der, daß er im Reiche der heiligen ungarischen Stephanskrone die Ausrufe magyarisches verfaßt, während der dies jetzt deutsch und slowakisch tut. Die „Vereinigten jüdischen Parteien“, vielleicht war Dr. Sp. sogar ihr Kandidat, sind nun in ihrer Farbenpracht in der Slowakei um eine Nuance bereichert worden und der Volksverband der Juden hat nun unter seinen Präsidialmitgliedern auch einen Slowaken.

Jedenfalls macht die Slowakei Fortschritte, auf die sie gerade nicht gar zu stolz sein braucht. Aber gegen gewisse Dinge kämpfen ja bekanntlich selbst Götter vergeblich.



Jüdische Chronik.

Die Oberkommission für Palästina ver-  
fügte, daß ab 22. Jänner als gesetzliches  
Zahlungsmittel nur gelten soll: Gold, Bank-  
noten, Silber- und Nickelmünzen der ägypti-  
schen Währung. Die Zirkulation fremder  
Münzen ist erlaubt. Der englische Goldso-  
vereign hat den Kurs von 97,50 ägypt. Pia-  
stern. (3. R.)

Ein „Oberker Beth-Din“ in Jern-  
salem.  
(J. Korr.-Bur.) Auf Veranlassung der  
Regierung findet in Jerusalem vom 20. bis  
25. d. M. eine Konferenz von 71 Rabbinern  
und 35 Laien statt, um einen „Obersten Beth-  
Din“ (jüdischer Gerichtshof) und einen aus  
Mitgliedern der Kofe z e i n e m e l e e n-  
den Appellationshof zu wählen. — Die legale  
Macht dieser Körperschaft wird von der An-  
passung des jüdischen Gesetzes an die moder-  
nen Bedingungen, insbesondere in Bezug auf die  
Frauenfrage, abhängig sein. Letztere bildet jetzt  
den Hauptgegenstand jeder öffentlichen Dis-  
kussion.

Unklare Lage im Ostjordanlande.  
„Palestine“ (London) erfährt aus Jeru-  
salem: „Die Lage in Transjordanien ist  
nicht befriedigend. Man wird sich erinnern,  
daß das Home Government sich weigerte,  
Truppen zu bewilligen, welche die Palästina be-  
setzen sollten. Es wurden einige wenige poli-  
tische Beamte entsandt und ihnen der Auf-  
trag erteilt, eine lokale Regierung und eine  
Gendarmerie einzurichten, ohne sie mit aus-  
reichenden Geldmitteln zu versehen. Die Be-  
wässerung des östlichen Palästina braucht Tri-  
cken und gute Regierung. Sie würde eine  
britische Herrschaft vorsehen, aber eine Ver-  
waltung, welche keines dieser Dinge garantiert,  
ist nach niemandes Geschmack. Das Land ist  
daher für Unheilsister empfänglich. Einige  
Targumische aus dem Sedas sind nach Man-  
n und Amman gekommen, und es geht das  
Gerücht, daß sie einen Angriff auf die Fran-  
zosen planen. Inzwischen wird ferner berich-  
tet, daß einige Scheichs aus dem Salzgebiet  
nach Damaskus gekommen sind und die Fran-  
zosen erlucht haben, die Regierung des Lan-  
des zu übernehmen. Es ist ganz sicher, daß  
wir in kurzer Zeit eine militärische Besetzung  
des östlichen Palästina vornehmen müssen.  
Das wird keine Vermehrung der militäri-  
schen Verantwortlichkeit bedeuten, weil die  
wirkliche militärische Grenze nicht der Jor-  
dan ist, sondern die Wüste.“ (3. R.)

Wirtschaftliches.  
Aufbautätigkeit.  
In einem Bericht des „Jüdischen Volks-  
blatt“ es:  
Die palästinensische Arbeit bewegt sich  
bisher immer in einem Zauberkreis. Dr. Herzl  
sagte: „Schafft mir Mittel und ich bekomme den  
Charter“. Ihm wurde entgegengehalten:  
„Schafft den Charter, dann wird es auch an  
Geld nicht fehlen.“ Dieser Zauberkreis ist von  
der jüdischen Organisation nach dem Kriege  
durchbrochen worden. Der Charter ist erreicht  
Nun ist es an der Zeit, auch das Geld für den  
Aufbau Palästinas zu schaffen. Amerika ver-  
fügt jetzt die Kapitalien für den Aufbau Palä-  
stinas in Form von privaten Gesellschaften, die  
weder der jüdischen noch irgend einer anderen  
Organisation unterstehen, zu beschaffen. Statt  
bestimmte Kontingente für einzelne Gebiete  
festzusetzen, hat das amerikanische Palästinaamt  
alle jüdischen Distrikte Amerikas aufgefor-  
dert, festzustellen, 1. wieviel Kapital man in  
den nächsten zwei Jahren aufbringen kann;  
2. ob die Ortsgruppen für die Schaffung von  
Stadt- oder Landgesellschaften sind; 3. für  
welche Zwecke der Landwirtschaft, der Indus-  
trie oder des Handels besonders Interesse vor-  
liegt. Außer Nababla haben sich alle Orts-  
gruppen für die Gründung von Stadtgesell-  
schaften geäußert. Es ist auch zu bemerken, daß  
das Interesse für industrielle Unternehmungen  
nicht allzu stark vorhanden ist. Das persönliche  
Verantwortungsgefühl für Palästina ist in alle  
Kreise gedrungen, es finden sich auch viele Zio-  
nisten, die für spezielle Unternehmungen Inter-  
esse haben. Die Organisation hat es auch über-  
nommen, die Gründung dieser speziellen Gesell-  
schaften zu organisieren und hat dabei die Be-  
dingungen bekanntgegeben, unter denen sie die  
Organisation solcher Gesellschaften übernimmt.  
Diese sind: 1. Die lokalen Gesellschaften dürfen  
ihre Anteile nur in einem bestimmten Territo-  
rium und nicht über das ganze Land verkaufen.  
2. Die Anteile müssen in gewöhnliche und Vor-  
zugsaktien geteilt werden; verkauft dürfen nur  
die Vorzugsaktien werden; die Zahl der ge-  
wöhnlichen Aktien ist begrenzt und befindet sich  
in den Händen der Direktion. 3. Die Aufgabe  
der Direktion ist, alle Fragen der Verteilung

Erez Israel. Politisches.

der Heberjüdische zu erlebigen, die nur dazu ver-  
wendet werden sollen, um die Geschäfte in Pa-  
lästina zu erweitern, 4. Zirk 30 Prozent des  
Kapitals muß in Regierungsanleihen und an-  
deren öffentlichen Unternehmungen der Finanz-  
institutionen in Palästina investiert werden. 5.  
Zirk 15 Prozent des Kapitals muß sofort  
eingezahlt, der Rest im Laufe von zwei Jahren  
eingebracht werden. Die jüdische Organiza-  
tion berechnete eine kleine Provision für  
Organisationskosten. Es wird beabsichtigt,  
bei der amerikanischen Organisation ein Clea-  
ring House zu gründen, um die Arbeit aller  
Gesellschaften einheitlich zu gestalten.

Kulturelles.  
Landwirtschaftliches Museum  
in Jerusalem.  
Die jüdische Kommission in Jerusalem  
unterhält dort seit kurzem ein Landwirtschafts-  
Museum. Es ist dies eine Sammlung der im Lan-  
de wachsenden Kulturpflanzen und sonstiger Ge-  
wächse in einer Anzahl von mehr als 3600  
Arten. Alle ausgestellten Exemplare tragen  
hebräische Namen. An diese Sammlung  
schließt sich eine zoologische an, die sämtliche  
Vögel des Landes (einige hundert Arten),  
sowie die meisten Reptilien und Fischearten  
vor Augen führt. Es ist ferner der Anfang  
einer mineralogisch-geologischen Sammlung  
vorhanden. (3. R.)

Konferenz der Führer der Wander-  
Lände.  
Am 13. Jänner fand unter dem Vor-  
sitz der Oberkommission eine Konferenz der  
Führer der Wanderlände Palästinas ver-  
schiedener Konfessionen im Hause des Distrikts-  
gouverneurs statt. Der Vorschlag alle Wan-  
derlände unter einer Leitung zu vereinigen,  
wurde abgelehnt. Es wurde dabei auf den  
ausgesprochenen Charakter und die hohe Ent-  
wicklungsstufe der jüdischen Wanderer hinge-  
wiesen, die man unmöglich mit den arabischen  
und muslimanischen Wanderbünden, die auf  
sehr niedriger Stufe stehen, vereinigen kann.  
Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Rat  
zu bilden, der die Arbeit leiten soll, ohne  
den eigenartigen Charakter der Wanderlände  
zu verändern. (3. R.)

Jüdischer Fußballspiel über engli-  
sche Soldaten.  
Der Fußballklub der palästinensischen Tur-  
nergesellschaft „Maccabi“ hat unter den neuen Ein-  
wanderern bereits wertvolle Kräfte erworben.  
Es werden regelmäßig Fußballspiele veran-  
staltet, obwohl es noch an geeigneten Sport-  
plätzen fehlt. In der letzten Zeit hat der  
Klub mehrere Matches mit Fußballspielern  
aus den in der Nähe Jaffa garnisonierenden  
englischen Regimentern ausgetragen. Am 22.  
Januar fand ein Match mit dem Fußball-  
klub des in Saronia liegenden englischen Re-  
giments statt. Das Spiel endete mit 3:0 zu  
Gunsten des „Maccabi“. Am „Neujahrsfest“  
der Bäume veranstaltete der „Maccabi“ einen  
Turn- und Gesangsabend unter Beteiligung des  
Orchesters des englischen Regiments „Duke of  
Wellington“. (3. R.)

Bermessungsamt.  
J. R. J. Das Jerusalem Bermessungs-  
amt übersiedelt nach Jaffa, um gemäß dem  
Wunsche des Oberkommissars die Bermessungen  
in größerem Maßstabe aufzunehmen.

Die Befiedlung.  
Einfuhrschwierigkeiten  
in Palästina.  
Aus Handelskreisen wird uns mitgeteilt,  
daß der Hinweis des Deutschen Auslands-  
institutes, bei Sendungen nach Palästina die  
deutsche Mark in 1/2 Pfaster umzukalulieren,  
nicht zu empfehlen sei. Das ägypt. Pfund  
wertet 2 1/2 Prozent höher als das englische.  
1 ägypt. Pfund = 100 Pfaster, sind also  
nach dem sehr erheblichen Kursrückgang des  
engl. Pfund gegenüber der Mark in den letz-  
ten Wochen immer noch zirka 230 Mark,  
1/2 Pfaster also etwa 1.15 Mark. Man offer-  
tiert nach Palästina am besten in englischen  
Pfund. (3. R.)

Chaluzim nach Palästina.  
Eine Gruppe von 103 Chaluzim hat sich  
nach Palästina eingeschifft. Es sind dies die  
Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich während  
der letzten zwei Jahre für die Erbsarbeit vor-  
bereitet und die hebräische Sprache erlernt  
haben. Alle werden von der größten Freude  
beseelt, daß sie ihre Arbeit in den Dienst  
des Wiederaufbaues Palästinas werden stellen  
können.

Amerikanisch-palästinensische  
Schiffahrt.  
In New York wurde die palästinensische  
Schiffahrtsgesellschaft „Palestine Commerce  
and Navigation Company“ mit einem Ka-  
pital von 500.000 Dollar gegründet. Das  
erste Schiff dieser Gesellschaft, die „Mabimah“,

Die Gesundheitsfrage bei den palästinensischen Einwanderern.

In der Versammlung der jüdischen Ärzte-  
gesellschaft in Jaffa berichtete Dr. Mäher-  
mann, der die Aufsicht in den Lagern beim  
Bau der Chaussee Tiberias-Semach führt,  
über die Frage der Gesundheitspflege unter den  
Einwanderern. Dr. Mähermann berichtete, daß  
bei Beginn der Arbeit eine große Anzahl  
von Patienten in denselben Zelten unter-  
bracht wurde, wo sich auch gesunde Leute  
aufhielten. Jetzt hat die amerikanische Sanitäts-  
gesellschaft „Hadasah“ in dieser Beziehung  
die nötige Fürsorge getroffen. Die neuen  
Arbeiterlager wurden der Aufsicht eines Arztes  
unterstellt. Für die Bekämpfung der  
Malaria erweist sich das Laboratorium des  
Dr. David in Tiberias als große Hilfe.  
Neben Malaria kommen häufig Magen-  
erkrankungen und Typhusfälle vor. (3. R.)

Vom Zionismus.

Tagung der zionistischen Exekutive.  
(Jüd. Korr.-Bur.) Die Ankunft Dr.  
Weizmanns, Sokolows und Rai-  
ditsch wird für den 18. erwartet.  
Nach ihrem Eintreffen wird die zio-  
nistische Exekutive zu einer Sitzung zusam-  
mentreten, um den Bericht über die Palä-  
stinareise Dr. Weizmanns und Sir Alfred  
Monks entgegenzunehmen und die Frage der  
Entsendung einer zionistischen Delegation nach  
Amerika in Angelegenheiten des Keren Ka-  
jessod zu behandeln.

Die Zentrale Waad der Hachduth  
schel Hapoel-Hazair Zeire-Zion  
für die Tschekoslawakei  
teilt mit, daß sein Sekretariat, täglich außer  
Sabbat von 5 bis 6 Uhr nm, Sonntag von  
11 bis 12 Uhr vorm. in Prag, Rugova 24,  
amtiert.

Die Vorkonferenz der Landesorganisa-  
tion Hachduth findet gleichzeitig mit dem  
Zionistentag in Brünn am 27. und 28. März  
statt. Eine Propagandastelle für Mähren und  
Schlesien befindet sich in Brünn. (Dr. Reiss,  
Legationsstraße 31.)

Vom Jüdischen National-Fonds.  
Herr Adolf Pollak, der Generalsekretär  
des Jüdischen National-Fonds in Haag, hielt  
auf seiner Rückreise aus Polen in W.-Odrau  
auf, wo er im engen Kreise einiger Gg. über den  
heutigen Stand des Jüdischen National-Fonds  
in Palästina referierte und unsere nächsten Auf-  
gaben im Erez Israel besprach.

Vom Altmeister.  
„La Voix Juive“ veröffentlicht folgenden  
Brief von Max Nordau:  
„Sie schreiben in Ihrem Blatt, daß ich  
eine Wahl ins Aktionskomitee nicht angenom-  
men hätte, weil Uffischin gewählt worden ist.  
Das ist nicht richtig. Ich habe nur nicht er-  
laubt, meinen Namen bei Scheinwahlen zu  
benutzen, nicht wegen irgend eines Beschlusses  
des sogenannten „Großen Aktionskomitees“,  
von welchem ich bis heute nicht weiß, worin  
seine Tätigkeit besteht, sondern weil das al-  
ternative Aktionskomitee zum großen Teile aus  
Deuten besteht, die ein Gehalt beziehen. Sie  
sind, nach meiner Überzeugung, von Dr. Weiz-  
mann gewählt, sind von ihm gänzlich abhän-  
gig und er kann sie jeden Moment ohne Grund  
entlassen. Natürlich können sie sich nicht er-  
lauben, an der Leitung Kritik zu üben; trotz-  
dem haben sie aber die Aufsicht über die  
Leitung und politische Tätigkeit ihres Patronen,  
der ihnen zu leben gibt. Sie werden begreifen,  
daß für mich kein Platz in einer solchen Ge-  
sellschaft ist.“  
Dr. Nordau.

Dieser Brief ist so temperamentvoll und  
jugendlich, wie wir es von Altmeister Nordau  
gewohnt sind. Richtig sind seine Behaup-  
tungen nicht. Von den nahezu hundert Mit-  
gliedern des Aktionskomitees sind etwa acht  
bezahlte Funktionäre der Organisation; auch  
diese sind nicht von Dr. Weizmann abhän-  
gig, er kann sie nicht entlassen und auch die  
betreffenden Institutionen, denen sie ihre  
Dienstleistungen leisten, sie nicht jeden Moment  
und überhaupt nicht ohne Grund entlassen.  
Sie können sich nicht nur erlauben, Kritik  
an der Leitung zu üben, sie tun dies auch  
immer wieder und in energischer Form.  
Wertwürdigerweise hat Dr. Nordau den oben  
angegebenen Grund nicht angeführt, als er  
die Wahl ins Aktionskomitee ablehnte; viel-  
mehr erklärte er, eine Wahl anzunehmen, falls  
außer ihm noch einige von ihm präsentierte  
Leute gewählt würden (ich glaube, es waren  
vier). Da aber der Senats-Konvent der  
Jahreskonferenz sich herausnahm, diesem Dis-

putat nicht pünktlich zu gehorchen, und nur  
einen Teil der Präsentierten (wenn ich nicht  
irre drei) wählte, so nahm Dr. Nordau die  
Wahl nicht an — die nur durch sein Auf-  
treten im Aktionskomitee gewonnenen Herren  
folgten übrigens diesem Beispiel nicht. Im  
übrigen erfolgte die Zusammenlegung des  
Aktionskomitees rein nach sachlichen Gesichts-  
punkten; wenn Dr. Nordau fühlt, daß in  
ihm kein Platz in einer solchen Gesellschaft  
ist, so spricht das gegen ihn. Lord Roth-  
schild, der zweifellos auch etwas auf seine  
Reputation hält, hat die Wahl angenommen  
und übernahm sogar den Vorsitz dieser „Ge-  
sellschaft.“  
Herrmann.

Der Jüdische Nationalfonds im Jahre 1920.

Der Jahresertrag 1920 an Nationalfonds  
Spenden aus aller Welt beträgt 160.114.—  
Pfund d. i. zu den Kursen am Jahreseschluß  
9.567.000 franzöf. Franken bzw. in unserer  
Landeswährung 48.800.000.— Ks.

Diese Jahressumme bedeutet gegenüber  
jener des Vorjahres von 5.552.000 — franz.  
Franken, eine Steigerung von 72 Proz., was  
unso höher zu schätzen ist, als die Entwertung  
der Valuten in allen Ländern Zentral- und  
Osteuropa rapide Fortschritte gemacht hat und  
als gleichzeitig überall große Sammlungen für  
jüdische Wohlfahrtszwecke aller Art, so zur Un-  
terstützung der Palästinawanderung durchgeführt  
wurden. Zu obiger Summe kommen noch die  
laut Beschluß der Londoner Jahreskonferenz  
(Juli v. J.) aus den Einnahmen des Keren  
Kajessod dem MK. abzuführenden 20 Prozent  
hinzu.

Bei Annahme von 15 Millionen Juden  
entfällt von obgenannter Jahressumme auf  
den Kopf eine Beitragsleistung von 64 Cen-  
times.

Die Jahressumme verteilt sich, in franz.  
Franken auf die 45 Beitragsländer, wie folgt:  
Nordamerika 2.392.000. England  
1.172.000. Argentinien 918.000. Shanghai  
759.000. Mesopotamien 621.000. Deutschland  
494.000. Polen 239.000. Südafrik. 168.000.  
Tschekoslawakei 145.000. Samarien  
194.000. Erez Sinae und Syrien 194.000.  
Australien 191.000. Kanada 188.000. Jugo-  
slawien 183.000. Desterreich 171.000. Sol-  
land 170.000. Belgien 128.000. Griechenland  
120.000. Türkei 115.000. Ostgalizien 112.000.  
Italien 92.000. Schweiz 83.000. Westgalizien  
82.000. Frankreich 51.000. Bessarabien 48.000.  
Ungarn 46.000. Litauen (Wilna)  
34.000. Litauen (Kowno) 26.000. Ukraine  
(Bolschnien) 21.000. Butowina 20.000. Weis-  
rußland 19.000. Dänemark 19.000. Neapater  
18.000. Niederl.-Indien 17.000. Brasilien  
16.000. Schweden 15.000. Ungarn 13.000.  
Neuseeland 11.000. 8 weitere Länder 31.000.

Unser Land mit zirka 400.000 Juden  
steht demnach an 9. Stelle. Es weist per  
Kopf eine Beitragsleistung von 61 Centimes  
und gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung  
von 132 Prozent auf.

Seit Gründung des MK. im Dezember  
1901 sind die Spendenerträge in fast ununter-  
brochenem Wachstum begriffen und haben bis  
nun eine Summe von über 27.000.000 franz.  
Franken ergeben.

Der MK. hat sich schon bisher als die  
populärste und ertragreichste jüdische Insti-  
tution erwiesen. Von der Londoner Jahreskon-  
ferenz einhellig zum Träger der jüdischen Wo-  
hlfahrtsarbeit beim Aufbau von Erez Israel be-  
stimmt, wurde er jüngst von der palästinensi-  
schen Regierung als „gemeinnützige Institution“  
im Sinne des Gesetzes ausdrücklich aner-  
kannt. So von den Jesheln des alten Re-  
gimes befreit und zu großzügiger Arbeit be-  
rufen, steht der MK. vor einer neuen, mächtigen  
Entwicklung.

Offizieller Teil.

- Einberufung des Zionistentages.
- An die zionistischen Distriktskomitees,  
Ortsgruppen und Vereine. Laut Beschluß des  
Plenarversammlungs vom 2. Februar 1921 berufen  
wir den ordentlichen Zionistentag der tsche-  
choslowakischen Zionisten für den 27. und 28.  
März nach Brünn ein. Die Tagesordnung  
wurde, wie folgt, festgesetzt:
1. Eröffnung und Einlauf.
  2. Wahl des Bureaus.
  3. Wahl der Kommissionen.
  1. Bericht des J. R.
  - a) Bericht des Präsidiums,
  - b) Palästinaamt,
  - c) Jugendkommission,
  - d) Pressekommission,
  - e) Kultusgemeindefunktion.
  - f) Nationalfonds,
  - g) Finanzbericht.
  2. Bericht der Revisionen.
  3. Bericht des Legitimationsausschusses.
  4. Keren Kajessod.



8. Referat über die gegenwärtige Lage im Zionismus und in Palästina, erstattet von Dr. Hugo Herrmann (Mähr.-Ostrau).
9. Berichte der Kommissionen.
10. Berichterstattung des Organisationskomitees.
11. Wahlen.
12. Referat über die jüdische Turn- und Sportbewegung.
13. Bericht über die Schaffung einer Zentralkasse für soziale Notlage.
14. Freie Vorträge.

Die Ortsgruppen haben gemäß dem Statut des tschechoslowakischen Landesverbandes für je 50 Mitglieder einen Delegierten für einen eventuellen Rest von 30 Mitgliedern einen Delegierten auf Grund des Proportionalwahlrechts mit gebundenen Listen und Listenlopprelung zu wählen. Die letztere Bestimmung gilt nur für Ortsgruppen, die mehr als einen Delegierten entsenden.

Die Distriktskomitees haben gemäß dem Statut eine genaue Belehrung über die Wahlen an die Ortsgruppen herauszugeben. Die Wahl erfolgt auf Grund der beim zionistischen Zentralkomitee in Prag eingezahlten Scheitel und Parteibeiträge für das vergangene Jahr 1930 mit der Modifizierung, daß die Ortsgruppen, im Falle sie es wünschen, und die Scheitel und Parteibeiträge bis zum 18. März für das laufende Jahr 1931 dem zionistischen Zentralkomitee überwiesen haben, die Wahl auf Grund der neuen Ziffer der Scheitelzähler vorgenommen werden kann. Die Wahlprotokolle sind gemäß dem Statut mindestens eine Woche vor dem Wahltag im direkten Wege dem zionistischen Zentralkomitee, Prag, Kuzova 24/III, vorzulegen.

Für das zionistische Zentralkomitee im tschechoslow. Staate

Der Sekretär: Dr. Franz Kahn.

Der geschäftsführende Obmannstellvertreter: Norbert Adler.

Mitteilungen des Palästinaamtes in Prag.

Beim zionistischen Zentralkomitee ist ein Protokoll über die konstituierende Sitzung der „Ole Tschechoslowakia“ eingebracht, dem wir folgendes entnehmen: In der Sitzung nahmen teil: Dr. Hugo Herrmann, Ober, Adolf Fuchs, Moritz Fuchs, Ing. Emil Theimer, Dr. Koubitsch, Frau Taub. — Der Zweck der Gesellschaft wird begründet mit der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der tschechoslowakischen Landsleute zum Zwecke der gegenseitigen Information aller Palästinawanderer der Tschechoslowakei, Erleichterung der Einwanderung durch Rat und Tat, Ausarbeitung von Projekten zur Vorbereitung und Gründung von Existenzmöglichkeiten, Ausarbeitung und Durchführung von Projekten für rentable Kaktusanlagen. Es wurde beschlossen, alle Auskünfte durch das Prager Palästinaamt zu leisten, welches nach freiem Ermessen Gebühren erheben soll. Die Geschäftsführung wird den in Palästina wohnenden Mitgliedern der Gesellschaft übertragen. Dazu geben wir bekannt, daß das Palästinaamt in Prag sich gern bereit erklärt eventuelle Anfragen von Chaluzim und Palästinawanderern gegen Ertrag der Speisen und einer Gebühr sie weiter zu leiten. Alle Anfragen sind zu richten an das Palästinaamt, Prag, Kuzova 24.

## Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Generalversammlung des Vereines Gemilus Chassodim.

Am 20. d. M. fand die Generalversammlung des Vereines Gemilus Chassodim statt. Der Obmann, Herr Karl Eichenbaum, eröffnete die Versammlung mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht, der ein erfreuliches Bild über die bedeutende Entwicklung dieses Vereines bot. Der Kassabericht des Herrn Moritz Wechsler, geteilt nach der Gewährung mit den Geldern des orthodoxen Mirjam und der Unterstützungssektion des Vereines, wurde nach dem Antrage des Kassators Max Adler zur Kenntnis genommen. Herr Dr. Hill erbot namens der Kultusgemeinde die Vorlage des Kassaberichtes und einer Vermögensbilanz an die Kultusgemeinde. Nach einer eingehenden Debatte, in welcher teils persönliche Fragen erörtert, teils Vereinsangelegenheiten besprochen und einer Kritik unterworfen wurden, wurde zunächst die Sitzung unterbrochen, um das Windstillegebet zu verrichten. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben nachstehendes Resultat. Ge-

wählt wurden die Herren: Rubin Abrahamer, Dr. Max Beer, Karl Eichenbaum, Arnold Fuchs (neu), David Goldberger, Josef Landau, Jisak Wagner, Karl Nacher (neu), Berthold Schiff (neu), Moritz Wechsler für den Ausschuß; die Herren Max Adler und Oberkantor Moritz Löwy als Revisoren. Es mag noch erwähnt zu werden, daß bei insgesamt 126 abgegebenen Wahlzetteln die Stimmen sich auf 53 Kandidaten verteilte.

### Berichtigung.

Mähr.-Ostrau. In dem Aufruf des Volksvereines „Zion“ soll es richtig heißen statt: „Die Sektion unseres Vereines.“ Die Leitung des Vereines „Zion“, statt: „eminent zionistische Ziele“, die eminent wichtigen Ziele.

### Volksverein „Zion“.

Samstag, den 26. d. M. 8 Uhr abends gemütliche Zusammenkunft aller Mitglieder des Vereines „Zion“ im Klubzimmer des Cafée „Union“.

### The dajant des Sportklubs Makabi.

Sonntag, den 28. Februar, 4 Uhr nachmittags im Palais de danie des Hotels National. Dauberkapelle.

### Bazar.

Der 20. März bringt eine Ueberrassigung für Mähr.-Ostrau. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der jüdisch-nationale Frauen- und Mädchenverein „Mirjam“ an diesem Tage einen Bazar mit Bazar und allerlei Belustigungen für groß und klein, der sich den Vorbereitungen nach zu schließen, den bisherigen Veranstaltungen des Vereines würdig anreihen dürfte. Der Reinertrag fällt dem Fonds zur Errichtung eines jüdischen Kindergartens in Mähr.-Ostrau zu. Fleißige Hände sind eifrig an der Arbeit und verfertigen, mitunter mit sehr primitiven Mitteln, die schönsten Dinge, kunstgewerbliche Arbeiten, Kinderpielespiele und dergleichen. Das Material zur Anfertigung aller dieser Sachen geht aber leider bald zu Ende und es ergeht daher an alle Mitglieder und Freunde des Vereines die Bitte insofern sie sich nicht selbst an der Arbeit beteiligen wollen, wenigstens alles entbehrliche Material, das sich gewiß in jedem Haushalte finden wird, wie Seiden- und Stoffreste, alte Puppen und dergleichen, dem Vereine zur Verfügung zu stellen. Besonders an alle jungen Mädchen ergeht die Aufforderung durch eifrige Mitarbeit zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Jeden Montag, 8 Uhr abends, Beiprägung und Arbeitseinteilung in der Kanglei: Dr. Felix Winterstein, Mähr.-Ostrau, Teichergasse.

Der jüd. Handwerkerverein für Mähr.-Ostrau und Umgebung veranstaltet aus Anlaß des 10jährigen Bestandes am Samstag, den 5. März l. J. im großen Saale des Hotel National ein Tanzfranzösischen. Anfang 8 Uhr abends: Musik Dauberkapelle. Eintritt pro Person 10 Kč. Abgabe 3 Kr.

Für den Vorstand: J. Bodenstejn.

Die Bibliothekenden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von 1/2 bis 1/7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Chavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

### Aus der Theaterkanglei.

Freitag, den 25. Februar, 7 Uhr abends gelangt die komische Oper „Don Juan“, Musik von W. A. Mozart zur Aufführung. (Stammisch N.) In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Elise Payer, Betty Northing, Rosa Rosen und die Herren: Franz Wahl, Paul Weiss, Emil Sarsch, Marcel Schwabada und Fernin Weisner. Musikalische Leitung: Anton Rich. Spielleitung: Oberregisseur Paul Weiss. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Aufführung der Oper „Don Juan“ pünktlich um 7 Uhr beginnt.

Sonntag, den 26. Februar, geht die melodische Operette „Die Fledermaus“, Musik von Johann Strauß in Folge 5 blau in Szene. Sonntag, den 27. Februar, 3 Uhr nachmittags Wiederholung der Operette „Die Fledermaus“ (Mähr. Damer und Stammisch N.) — Abends 8 Uhr zweite Aufführung der Oper „Don Juan“ von W. A. Mozart. (Stammisch N.)

### Mißlich.

Der heilige Volksverein „Zion“ veranstaltet am Sonntag, den 20. d. M., um 6 Uhr abends, eine Versammlung, bei der Dr.

Gustav Kohn (Mähr.-Ostrau) über die „Gegenwärtige Lage im Zionismus“ referierte. Die Versammlung war gut besucht und wurde von unserem Obmann Herrn J. Deutsch eröffnet.

### Jägerndorf.

Am 14. d. M. veranstaltete auf Anregung des Vereines Zion Herr Oberkantor Behr, einen jüdischen Liederabend, der sich eines großen Zuspruches erfreute. Nicht nur von unseren Gemeindegliedern, sondern auch von unseren arischen Mitbürgern besucht, war der Saal bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Herr Oberkantor Behr, der sich ja seit jeher der allgemeinen Beliebtheit erfreut und dessen angenehme Stimme schon oft im Konzertsaal unser Ohr vernahm, hat uns durch seine diesmaligen Vorträge vor allem mit jener Volksmusik vertraut gemacht, die unsere östlichen Volksbrüder in schwerer Stunde schufen und pflegten. Der Wohlklang der Stimme des Vortragenden und die herrliche Ausdruckweise, mit welcher uns diese Lieder zu Gemüte geführt wurden, verdienten voll und ganz den immer wiederkehrenden Beifall. Besonders erwähnenswert sei noch die gewählte Zusammenstellung des Programmes, indem wir nicht nur das tragische, sondern auch das heitere Volkslied des jüdischen Volkes kennen lernten. Auch die Rezitation des Hl. Herzfeld fiel recht gut aus. Zu dem Zustandekommen dieses Abends trug speziell Herr Dr. Singer bei.

### Blau-Weiß-Redoute, Prag.

Ein Komitee, bestehend aus den ersten Kreisen der Prager jüdischen Gesellschaft veranstaltet am 28. Februar zu Gunsten des J. N. im großen Luzernsaal, einer prächtigen Halle, welche 3000 Personen umfaßt eine Maskenredoute, welche in jeder Hinsicht der Höhepunkt der heurigen Ballaison sein wird. Erste Prager Künstler haben die Oberleitung der Veranstaltung übernommen. Die bisher eingelaufenen Reklamationen lassen einen großen Beifall aus der böhmischen und mährischen Provinz erwarten. Reklamationen sind an die Büros der Blau-Weiß-Redoute, Kollengasse 24, zu richten.

## Jüdischer Sport

Gau Nordmähren-Schlesien des J. N. B.

Die Adresse des Wettspiel ist: Frig. Barber, Ostrauerstraße.

In Beiträgen an den Gau von Wettspielen sind abzuführen: 1. von jedem Meisterschaftswettspiel 5 Kč, Freundschaftswettspiel 10 Kč, 2. eine Kopfleiter von 10 Helfern pro Karte.

Die Anmeldung der Wettspiele hat spätestens 5 Tage vorher zu geschehen; erfolgt dieselbe nicht rechtzeitig, so ist der doppelte Betrag der Anmeldestaxe zu bezahlen. Die Abrechnung der Kopfleiter hat jeder Verein für den abgelaufenen Monat bis zum 5. des folgenden Monats an den Gau zukommen zu lassen. Adresse: Max Weber, Str. d. tsch. Seg. 6. Geldsendungen mit Posterscheinen an die Mähr.-Ostrauer Volksbank auf Konto Oskar Barber.

Die Maskenredoute des Sportklubs Makabi findet Samstag, den 12. März statt.

ROSA POLLAK  
HERMANN STERNLICHT  
VERLOBT

REPISCHT, ALBERSDORF,  
im Februar 1921.

## Es gibt keine Feuerung mehr!

wenn Sie sich behufs Einkaufes Ihres Bedarfes an Kleider - Anzugstoffen, Baumwollwaren, Seiden und Samten sowie Leinenwaren, Brautausstattungen an die bestrenommierte Firma Jakob Nesselroth, Mähr.-Ostrau, Bahnhofstraße 28 En gros! wenden. En detail

## Zur Beachtung!

Verwendet bei allen sich bietenden Gelegenheiten

## Nationalfonds-Telegramme

Alleinverkauf für Mähr.-Ostrau:  
Heilman Kohn & Söhne, Hauptstraße, Trafik Adler, Große Gasse.

### Höchste Preise zahlt

für Brillanten, Juwelen, Platin, Gold, Silber, falsche Zähne und Antiquitäten, Reparaturen an Uhren und Goldwaren, Adornen und Hülsen.

### J. Borat,

Präsident, Mähr.-Ostrau, B.

## AUGENARZ

## Dr. Sándor Teichner

gew. Sec.-Arzt der II. Univ.-Augenklinik Hofrat Dimmer, Wien

### ordiniert

M.-Ostrau, Kirchengasse 4,  
I. Stock, von 10-12 Uhr vormittags  
und 3-5 Uhr nachmittags

## Ausführung von elektrischen Anlagen

in der Art, Lager von Elektromotoren, Dynamomachinen, Schalttafeln, Ventilatoren, elektrische Installations- und Bedarfsartikel.

Ing. Max Singer, Brüna, Rosengasse Nr. 3.

## Hebräische Lehrbücher.

Scharfstein: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Nath: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Gordon: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
III. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Arnsht: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
III. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Quatner-Milstein: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
III. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Salpeter: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
III. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
Salpeter: Seferet. I. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-
III. Teil, geb. . . . .	Kč 25.-

### Wörterbücher.

Memorah. Deutsch-Hebräisch, Hebräisch-Deutsch, geb. . . . .	Kč 30.-
Fürst: Hebr. Taschenrechnerbuch über das Hebr. Testament. I. Teil, geb. . . . .	Kč 45.-
II. Teil, geb. . . . .	Kč 45.-
Benjamin: Ogar. Hebräisch-Deutsch, geb. . . . .	Kč 40.-
Cassell Dr.: Hebr.-Deutsch, geb. . . . .	Kč 40.-
Langenscheidt: Hebräisch-Deutsch, geb. . . . .	Kč 40.-
Gratonsky-Milstein: Hebräisch-Deutsch, geb. . . . .	Kč 68.-
Johann: Bibl. Hebr. Wörterbuch, geb. . . . .	Kč 40.-

Zu beziehen durch:

Jüdischer Buch- und Kunstverlag

MAX HICKL

BRÜNN, Adlergasse 9.

Bereine und Wiederverkäufer hohen Preises

## INSERIERET im

## Jüd. Volksblatt!

## Lehrhursche

wird für eine Druckerlei gefordert, Sabbath u. Sabbatage werden eingehalten. Derlei mit wenigstens zwei Mittelschulklassen absolviert haben, der deutschen u. ungarischen Sprache mächtig sein. Offerte an Buchdruckerei Blauer, Stará Boleslav, Böhmen.

## KAUTSCHUK-STEMPEL-ERZEUGUNG

OSKAR TURK, MAHR.-OSTRAU, Löhlgasse 2, Tel. 805/IV.

# Veranstaltet Purim-Sammlungen zu Gunsten des Jüdischen National-Fonds.

„Macmeiner Zeitung“ (Jahrgang 1921) Nr. 6 55 — Herausgegeben von Dr. J. E. Oberst.